

© Neue Zürcher Zeitung; 08.07.2009; Ausgabe-Nr. 155; Seite 15
Schweiz (il)
Gratwanderung
Gemperli S. (sig)

Die Frage, ob der Bundesrat mit dem Rückzug aus dem Ilisu-Projekt richtig gehandelt hat, ist eine theoretische. Die Landesregierung konnte gar nicht anders entscheiden. Sie hat sich schon vor drei Jahren verpflichtet, Exportrisikogarantien für den Staudamm nur gemeinsam mit Deutschland und Österreich zu vergeben und an einen objektiv überprüfbar Katalog von Auflagen zu knüpfen. Der jetzige Entscheid war absehbar und nur noch eine Formalität.

Dieser Determinismus in der Entscheidungsfindung mag, besonders in einer wirtschaftlichen Rezession, stossend erscheinen. Vier Schweizer Industrieunternehmen verlieren die Staatsgarantie für Aufträge im Umfang von 225 Millionen Franken. Die private Assekuranz wird nicht einspringen, denn solche Risiken lassen sich auf dem freien Markt nicht versichern. Bleibt den Beteiligten die Hoffnung auf einen anderen Staat, vermutlich den türkischen.

Dennoch ziehen die Regierungen in Bern, Berlin und Wien den Schlusstrich zur richtigen Zeit. Weiteres Zuwarten hätte die Kopplung der Exportversicherung an ökologische, humanitäre oder kulturelle Auflagen zur Farce gemacht. Staatliche Garantien für Exportgeschäfte, um die Privatversicherungen einen weiten Bogen machen, sollten aus ordnungspolitischen Gründen ohnehin nur mit aller Sorgfalt und Skepsis vergeben werden. Schon gar keinen Anspruch auf eine Rückversicherung durch den Staat haben Mammutprojekte, die grosse Schäden für Mensch und Umwelt anrichten.